

WIENER ERKLÄRUNG

zur Situation
von Staat
und Gesellschaft
am Vorabend
der Beitrittsentscheidung
über ein
gemeinsames
Europa.



WIENER ERKLÄRUNG

Wien, am 7. April 1992

Referat von **Dr. Jörg HAIDER**

Bundesparteiobmann und Klubobmann der

Freiheitlichen Partei Österreichs

Abgeordneter zum Nationalrat

WIENER ERKLÄRUNG

Österreich ist im Begriff, sich nachhaltig zu verändern. Wir Freiheitlichen leisten dazu unseren Beitrag. Man kann ohne Übertreibung sagen: Nichts wird mehr so sein wie früher. Denn auch die Welt um uns hat sich gewandelt. Mit dem Sturz der Berliner Mauer und der deutschen Wiedervereinigung auf friedlichem Wege ging das Nachkriegseuropa zu Ende.

Ein Nachkriegseuropa, das das Produkt einer willkürlichen Grenzziehung und Staatenbildung nach dem Ersten Weltkrieg war und das unter den gegebenen Folgewirkungen zu leiden hatte. Ein Nachkriegseuropa, das seine historische Buntheit ignorierte. Unser Österreich, das im Herzen Europas liegt, konnte sich weder den Stürmen der Zeit entziehen noch tiefe Verwundungen an seinem gesellschaftlichen Körper im Zuge seiner Selbstfindung vermeiden.

Mit dem Ende des Nachkriegseuropas ist aber auch das Ende des Nachkriegsösterreichs gekommen. Ich denke, dies ist jeder Zeitpunkt, zu dem das Durchlavieren durch die eigene Vergangenheit nicht länger ein Wesensmerkmal dieser Republik sein kann.

Vielmehr geht es um die Zukunft und um eine Weichenstellung von großer Tragweite, denn Österreich muß jetzt seinen Platz im veränderten Europa bestimmen, sollen nicht andere ihm diesen Platz mangels eigener Aktivität zuweisen.

Diese Gefahr besteht. Wer dieser Gefahr begegnen will, gerät aber zwangsweise in Konflikt mit den Machtinteressen der alten Parteien, für deren politisches Kalkül dieses Österreich geradezu maßgeschneidert ist.

Wir Freiheitlichen stehen in diesem Konflikt. Wir sind die Herausforderer jener, die die Macht satt und träge gemacht hat. Wir sind dabei als große Opposition des Landes nicht nur seit 5 Jahren sehr erfolgreich und haben ein Wählerpotential von rund einer Million Bürgern erkämpft. Wir merken auch, daß das politische Klima spürbar kälter wird. Jeder weitere Wahlerfolg steigert die Nervosität, aber leider auch die Haßgefühle bei unseren politischen Gegnern. Bis zu einem gewissen Grad ist dies verständlich, immerhin geht es um Macht, Positionen, Geld und Einfluß.

Aber unsere Erfolge kommen nicht von ungefähr. Wir brechen gesellschaftliche Tabus, schaffen ein Reformklima und greifen heiße Eisen an. Von der Methode halten wir es dabei mit Max Weber und seinem Bild von der Politik als dem harten und ausdauernden Bohren in den Brettern des Lebens. Dabei sind unsere Ideen und Vorschläge nicht von vornherein mehrheitsfähig, weshalb das primitive Argument einer populistischen Politik nicht greifen kann. Aber wir machen eine Politik, die dem Bürger unverblümt die Wahrheit sagt, auch dann, wenn er sie nicht hören will. Wir tun es trotzdem, weil wir überzeugt sind, daß die Stunde gekommen ist, im Interesse des Landes ein Umdenken herbeizuführen.

So gesehen sind wir populistisch, weil wir mit dem Kopf der Bürger denken, weil wir um die Zustimmung der Bürger kämpfen, weil wir uns nicht wie die Altparteien auf Macht und Anpassungsdruck verlassen, der den Bürger gefügig machen soll. Wir sprechen Dinge an, für die es dem Bürger oft an Zivilcourage mangelt, seine Meinung offen und ehrlich herauszusagen. Denn in diesem Lande haben die zwei alten Parteien

WIENER ERKLÄRUNG

ein Klima des Konformismus und der Unterwürfigkeit durch Parteibuchdruck, Bürokratie und Einfluß auf wichtige Medien geschaffen, das Widerspruch gegenüber den Mächtigen mit Nachteilen vielfältiger Art verbindet.

Wer widerspricht erhält keine Wohnung, wer aufbegehrt kommt in der Hierarchie der Bürokratie niemals nach oben, wer sich auflehnt wird durch Steuerprüfung oder wirtschaftliche Nachteilsandrohung zur Vernunft gebracht. Manchmal reichen schon ein paar tausend Schilling Rückstände an Krankenkassenbeiträgen aus, um mit einem Konkursantrag unliebsame unternehmerische Zeitgenossen in die Knie zu zwingen! Es zahlt sich daher nicht aus für den Bürger, von seiner Freiheit wirklich Gebrauch zu machen. "Im Zweifel für die Anpassung" lautet die Devise im Nachkriegsösterreich. "Eigentlich bin ich beim BSA, ich kann es daher nicht laut sagen, aber ich gebe ihnen in Vielem recht."

"Offiziell bin ich beim Wirtschaftsbund der ÖVP, aber so wie Sie denke ich schon lange. Schade, daß das unsere Herren nicht endlich verstehen." Keine erfundene Geschichten. Das sind Eindrücke meiner alltäglichen Begegnungen. Ich genieße sie nicht immer. Öfter läßt es mich erschauern, was dieses Österreich aus seiner Freiheit gemacht hat oder besser gesagt, was die Parteien aus der demokratischen Streitkultur gemacht haben. Sie besitzen nicht nur den Staat, sie haben auch den Bürger im Griff.

Daher braucht es diese demokratische Herausforderung. Wir sind der Anwalt einer wachsenden und wachen Bürgerbewegung, die in diesem politischen Geisterreich dem Pharisäertum und den scheinemo-

kratischen Bekenntnissen ein Ende setzen will. Ganz nach der Devise: **Im Zweifel für die Freiheit!** Denn wir wollen die Freiheit der Person und nicht den Vorrang der Institution. Wir wollen keine Verstaatlichung des Menschen, sondern eine Vermenschlichung des Staates. Wir wollen eine Gesellschaft mit menschlichen Werten und nicht eine mit wertlosen Menschen. Ich sage es offen: Je länger wir in dieser Herausforderung stehen, umso mehr wird uns bewußt, wie wertvoll unser Tun für Rechtsstaat, Anstand und Demokratie in einem Land maßloser Funktionäre mit mittelmäßiger Eignung ist.

Es gibt keinen gleichartigen europäischen Staat, in dem zwei mächtige Parteien so ungeniert und brutal von Land und Menschen Besitz ergriffen haben wie hierzulande. Der politische Spieltisch kennt nur zwei Farben, rouge et noir.

Auch journalistische Freunde der zwei Altparteien betrachten diese Situation realistisch. "Diese Koalition bietet seit Monaten nur noch das Bild eines reinen 'Haider-Verhinderungs-Kartells', weitab von der Erfüllung des Versprechens, die schwierigen Problemlösungen über eine Pensionsreform, eine Bundesbahnreform, eine Spitalsreform, eine Wohnbauinitiative, eine Budgetsanierung gemeinsam und mit großer Mehrheit zu treffen. Die große Mehrheit sieht nur, daß fast nichts geschieht." (Gerhard Neureiter)

Im Klartext geht es um politische Besitzinteressen.

Die politische Räumungsklage haben wir eingebracht, der Delogierungsbescheid ist erlassen. Bald können wir mit dem Bau eines offenen und freundlichen Hauses beginnen.

WIENER ERKLÄRUNG

Zu lange haben die beiden Altparteien ohne ernsthafte Konkurrenz dieses Land beherrscht, zu lange haben es die Österreicher als gottgewollte Last hingegenommen, daß Proporz-, Parteibuch- und Freunderlwirtschaft ihr Schicksal zu sein haben. Zu lange haben die Österreicher geduldig ertragen, daß sich die Parteien in alle Lebensbereiche einmischen und auch dort, ist in Wirtschaft und Privatleben, wo sie nichts verloren haben, ihr Mitspracherecht verlangen. Zu oft haben die Österreicher zusehen müssen wie Institutionen der Republik zum Selbstbedienungsladen der Parteien degradiert wurden.

Damit ist endgültig Schluß! Wir Freiheitlichen sind angetreten, diese Zustände zu ändern und Österreich von Grund auf zu erneuern. Oder ist es normal, daß 40 % der Bürger direkt oder indirekt von einer politischen Partei abhängig sind? Ist es normal, daß politische Parteien ihr Geld und ihren Kreditbedarf durch eine Beteiligung der Österreichischen Nationalbank decken wollen? Ist es normal, daß Wohnungen, Arbeitsplätze und Wirtschaftsförderungen Monopole der Altparteien sind?

Professor Rene Marcic hatte recht, wenn er sagte, daß dieses Österreich eigentlich aus zwei Staaten bestehe: einem der SPÖ und einem der ÖVP. Wer aus so einem uniformen System ein demokratisches Land mit wesentlichen Grundwerten machen will, bekommt die Spannungen zwischen Veränderungswillen und Beharrungsinteressen voll zu spüren. Denn Österreich steht in der Gefahr, das letzte europäische Parteistaatsmuseum zu werden. Der Osten Europas hat diese Entwicklung schon hinter sich.

Ein Journalist meinte kürzlich, Österreich sei eine "autoritäre Entwicklungsdemokratie". In der Tat, er hat nicht so unrecht. Da gibt es Zwangsmitgliedschaften in Zwangskammern; da gibt es soziale Zwangsversicherungen ohne Mitbestimmung der Zwangsbeglückten; da gibt es einen Theaterdirektor, dem wird der rote Teppich ausgerollt, auch wenn das Publikum aus dem Haus vertrieben, Österreich als Irrenhaus beschimpft und Sympathie gegenüber terroristischen der Baader-Meinhoff-Bande erklärt wird; da gibt es staatliche Monopolbetriebe die lassen umweltbewegte Menschen überwachen, weil sie ihrer Betoniererphilosophie entgegenstehen; da gibt es politische Parteien, die korrigieren den Wählerwillen, indem sie nach der Wahl Regierungsmandate, die der Bürger einer Partei gegeben hat, wieder aberkennen; da gibt es Sozialversicherungsanstalten, die die Frage der Frühpension oder der Notwendigkeit eines Kuraufenthaltes für Kranke nicht nach dem Gesundheitszustand, sondern nach der politischen Gesinnung entscheiden.

So ein Land braucht einfach mehr Offenheit, mehr Demokratie, mehr persönlichen Freiraum für nichtuniformierbare Bürger! Rückgrat und aufrechter Gang werden wieder in Mode kommen ! Wir Freiheitlichen haben uns dieser Aufgabe verschrieben. Keine leichte Aufgabe. Dabei muß uns bewußt sein: Wer das System ernsthaft erneuern will, kann vorderhand kein Partner für die Pflichtverteidiger der Macht und des Funktionärshochmut sein.

Ich bin mir bewußt, daß die FPÖ dabei eine Gratwanderung unternimmt, denn wer ein politisches System von Grund auf erneuern will, steht rasch im Verdacht "das Kind mit dem Bade ausschütten zu wollen". So etwas

WIENER ERKLÄRUNG

wollen wir nicht! Doch die Fußangeln, die uns aufgestellt sind, sind zahlreich:

Da wird mir vorgeworfen, meine politischen Vorstellungen seien "unvereinbar mit der liberalen Demokratie", eigentlich wolle ich einen "autoritären Führerstaat" und außerdem lehnte ich die österreichische Identität ab. Im Kern will man damit ausdrücken, daß die FPÖ mit ihrem derzeitigen Obmann außerhalb des Grundkonsenses unserer Demokratie stehe.

Darauf muß und will ich eine klare Antwort geben. Der Grundkonsens ist nicht irgendeine willkürliche Ansammlung von politischen Bekenntnissen, die gerade einer Altpartei in ihr Machtkalkül passen, sondern er kann nur in der geltenden Verfassungsordnung gefunden werden. Sie ist der Grundstein unseres Gemeinwesens mit ihren elementaren Baugesetzen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus und Sozialem. Dies sind die klassischen Prinzipien einer freiheitlichen Verfassungsordnung.

Wer sich dazu bekennt, wie wir Freiheitlichen, schließt nicht nur Gewalt als Mittel der Politik aus, sondern geht auch auf klare Distanz gegenüber jeder Form totalitärer, chauvinistischer, nationalsozialistischer Gedankenspielerien. Wer sich dazu bekennt, muß aber das Recht für sich geltend machen, auf dem Boden dieser Verfassung für die Durchsetzung eben dieser Prinzipien eintreten zu dürfen.

In der Verwirklichung der Baugesetze unserer Verfassung, bzw. des hier skizzierten Grundkonsenses besteht aber ein enormer Nachholbedarf. Gerade das ständestaatliche Zwangskammernsystem mit einer verfassungsrechtlich gar nicht geregelten

Sozialpartnerschaft im Rücken ist als historisches Relikt aus vergangenen Tagen eines wenig demokratischen Österreich zu betrachten. Nicht wer für die Beseitigung von Zwang eintritt, sondern wer die Erhaltung von Zwangsmitgliedschaft vor Augen hat, gerät in Widerspruch zum Grundkonsens dieses Landes.

Lassen sie mich aber die Dinge auch historisch sehen: Die österreichische Verfassung von 1920 mit ihrem fundamentalen Grundkonsens war und ist Schutzobjekt unseres politischen Lagers. Denn unsere politischen Vorgänger im Landbund, wie auch bei den Nationalliberalen waren es, die in den finsternen Stunden des Jahres 1934, als der klerikale Austrofaschismus die demokratische Verfassung außer Kraft setzte, im Parlament für die Wiederherstellung dieser demokratischen Verfassung mit Nachdruck eintraten. Der letzte Redner für die österreichische Demokratie war kein Sozialist, Kein Christlich-Konservativer, sondern der nationalliberale Abgeordnete Prof. Hermann Foppa, mein Taufpate.

Die Frage, wer den Grundkonsens dieses Österreich mittrage oder nicht, ist daher nicht an uns, sondern an andere zu stellen. Vor allem an jene, die ihre historische Schuld am Untergang des demokratischen Österreichs bis heute mit Scheinargumenten beiseite zu räumen versuchen.

Wir Freiheitliche sind Reformatoren. Gewiß streitbare Geister und keine standpunktlosen Anpasser. Wir wollen in der politischen Wirklichkeit das ermöglichen, wozu uns die Verfassung die Chance gibt. Reformatoren mußten zu allen Zeiten gegen die Etablierten ankämpfen. Wer zur Quelle will, muß eben gegen den Strom schwimmen.

WIENER ERKLÄRUNG

Der Vorwurf des "autoritären Führerstaates" läßt sich daher nicht aufrecht erhalten. Er ist ein Hirngespinnst und eine Notlüge jener, die uns sonst nichts mehr entgegenzusetzen wissen. Wie sagt schon John M. Keynes: "Ich neige zu der Überzeugung, daß die Liberale Partei noch immer das beste Instrument für zukünftigen Fortschritt ist, wenn sie nur eine starke Führung und das richtige Programm hätte."

Das ist doch in Wirklichkeit auch die österreichische Misere! Wir haben eine hilflose Regierung, schwache Altparteien und eine übermächtige Bürokratie. Wenn dann ein Politiker in diesem Lande auftritt, der zeigt, daß er auch Entscheidungen treffen kann und fruchtlosem Herumgerede ohne Lösungen ein Ende macht, wird er taxfrei zum autoritären Führer befördert. Eine Demokratie, die eine schwache Führung hat, provoziert ein Abgleiten in die Anarchie, deren Konsequenz wiederum der Ruf nach dem starken Mann ist. Die leidvolle Geschichte unserer Heimat sollte uns darauf verzichten lassen.

Deshalb brauchen wir ein Gemeinwesen, das nicht von räsonierenden, handlungsunfähigen Lemuren repräsentiert ist, sondern an deren Spitze Personen stehen, die mit Sachverstand und Augenmaß in der Lage sind, Entscheidungen zu treffen. Eine lebendige Demokratie hat Antwortcharakter, Antworten für aktuelle Herausforderungen, die keinen Aufschub dulden. Hierzulande ist aber das "Auf-die-lange-Bank-schieben" zum Regierungsprinzip erhoben worden.

Das Ganze hat natürlich System: mit derartigen unglaublichen und für einen Demokraten beleidigenden Vorwürfen hofft man, reformfreudige Bürger gegenüber den

Erneuerern zu immunisieren. Gedacht darf in diesem Land nur werden, was durch die Vorzensur der Herrscher über die veröffentlichte Meinung gekommen ist. Denk- und Sprechverbote aber stehen im Widerspruch zu einer offenen Gesellschaft.

Die geistige Intoleranz der Etablierten hat ihre Ursache aber in ihrer eigenen Orientierungslosigkeit. Wer aber mit DDR-Politikern, die vor Stacheldraht und Mauern Menschen morden ließen, Freundschaft pflegt, wer stalinistischen Systemen mit österreichischen Steuergeldern das Überleben sichert, wer vor den KP-Putschisten in Moskau ängstlich das Knie beugt, wer kommunistische Schergen im zerfallenden Jugoslawien moralische Hilfe gewährt und das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen tritt, hat jedenfalls kein moralisches Recht, die lautere demokratische Gesinnung freiheitlicher Politiker in Zweifel zu ziehen. Rückgratlose Unterwürfigkeit ist unsere Sache nicht. Bei der Verteidigung der Ideale von Freiheit und Menschenwürde kann es keinen Kompromiß geben. Auch nicht aus taktischen Gründen, um sich die eigene Situation zu erleichtern.

Die ideologische Solidarität der Sozialisten kann und darf nicht so stark sein, daß diese auch nur zur Duldung menschenverachtender Herrschaftsverhältnisse führt. Autoritäres Gehabe und Angst vor Widerspruch entspringt eher dem moralischen Defizit der Mächtigen.

Daher findet in Österreich auch derzeit keine echte Diskussion über Zukunftsfragen statt. Es ist vielmehr immer dieselbe verordnete Nabelschau. Es ist immer dieselbe ekelhafte Selbstbezeichnung, die schlußendlich nur eines bewirkt: die

WIENER ERKLÄRUNG

Herabsetzung des Ansehens Österreichs im Ausland. Ob Waldheim, ob Haider, der Rechtsradikalismus oder Neonazismus: Gewisse Kreise haben ein masochistisches Sendungsbewußtsein, unserem Land zu schaden.

Besonderer Zuneigung in dieser Diskussion dürfen wir Freiheitlichen uns gewiß sein! Es gibt nur sehr wenige Journalisten, die den Mut haben, ohne entschuldigendes "Wenn und Aber" die Rolle der FPÖ auch einmal positiv zu sehen. Der Psychoterror der publizistischen Insider zeigt Wirkung. Mutig hat sich P.M. Lingens endlich einmal dagegen zur Wehr gesetzt, wenn er schreibt:

"Mit dieser Art der Berichterstattung wird man unglaublich. Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht, - wer einmal an Haider und seine FPÖ einen völlig anderen Maßstab anlegt als an jeden anderen Politiker und jede andere Partei, den nimmt man auch dort nicht ernst, wo die Kritik berechtigt ist".

Ich finde es beschämend, daß die Frau des französischen Botschafters in Österreich uns in Zeitungskomentaren zu mehr Selbstbewußtsein und weniger Selbstzerstörung in Österreich aufrufen muß. Haben die Drahtzieher derartige Kampagnen aus der Wahlheim-Diskussion noch immer nichts gelernt? Wobei ich es als überzeugter Österreicher besonders niederträchtig finde, wenn österreichische Künstler, Schriftsteller und Literaten im Ausland über ihr eigenes Land herfallen. Dieses Österreich wird nur dann die stürmischen Veränderungen, wie sie in Europa im Gange sind, unbeschädigt überstehen, wenn auch seine intellektuellen Eliten zur selben Loyalität fähig sind, wie man sie vom kleinen Mann als selbstverständlich

einfordert. Ich werde jedenfalls dieser österreichfeindlichen Beschädigung mit Nachdruck entgegenreten.

Das Herumnörgeln an unserer Heimat im Ausland ist geistiger Kolonialismus, der verabscheuungswürdig ist. Für sein Land öffentlich eintreten zu sollen, gehört auch zur Identität, ist gelebter Patriotismus, wie er sonst so oft in Sonntagsreden beschworen wird.

Das gilt natürlich auch für uns Freiheitliche. Unser Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft sorgt manchmal für Irritationen. Ich halte es daher für falsch, so zu tun, als wäre Österreich durch dieses Kulturbekenntnis besonders in eine gesamtdeutsche Pflicht genommen. Umgekehrt ist es! Was wäre die deutsche Geschichte ohne die Habsburger, ohne Maria Theresia, ohne Erzherzog Johann als dem ersten Präsidenten der Frankfurter Paulskirche? Was wäre schlicht und einfach die deutsche Geschichte ohne den österreichischen Beitrag?

Ich halte es mit dem großen österreichischen Literaten Hugo von Hoffmannsthal: "Österreichs ganzes Dasein ist erschlossen, wenn man mit belebtem Blick die ganze deutsche Geschichte als Gegenwart erfaßt."

Ich leite daraus aber auch das Recht ab, von einer besonderen österreichischen Identität zu sprechen, die ihre charakteristische Ausprägung sowie den Wesenszug des Österreichers im traditionellen Umgang mit Angehörigen anderer Völker und ethnischer Gruppen im Laufe der Geschichte erfahren hat. Oder vereinfacht gesagt: Zuerst bin ich einmal Österreicher mit Leib und Seele, alles andere ist eigentlich zweitrangig.

WIENER ERKLÄRUNG

Ich glaube unser Österreichertum ist heute so stark, daß man ohne falschen Zungenschlag auf unsere sprachlichen, kulturellen und geschichtlichen Wurzeln verweisen kann. Der Versuch, uns Freiheitlichen dabei eins an Zeug zu flicken, kommt daher, daß die alten Parteien mit ihrer Geschichte noch nicht auf gleich gekommen sind. Zu wach ist die Erinnerung an die großdeutschen Ambitionen des Sozialisten Otto Bauer, zu lebendig die zwielichtige Rolle des Sozialdemokraten und ersten Bundespräsidenten im neuen Österreich nach 1945, Karl Renner, in der Stunde der Bewährung des Jahres 1938.

Für uns Freiheitliche gibt es keine Alternative zu diesem Österreich. In unserem Denken ist kein Platz für Überlegungen, in unseren Herzen kein Raum für Empfindungen, die nicht unserer Heimat Österreich gewidmet sind. Daher wollen wir auch die politische Erneuerung: um diesem Österreich jene Dauerhaftigkeit und jene vom Volk getragene Stabilität zu geben, die es gegen Großmachtinteressen, Einfluß von außen, in einem gewandelten Europa widerstandsfähiger machen soll.

Über historische Tatsachen jedoch kann es keinen Streit geben. Günther Nenning bringt es auf den Punkt: "Es ist ein Krampf, aus lauter Angst, wir seien Nazis, den reinen, einfachen Hauptsatz zu verschlucken. Die Österreicher sind Deutsche." Damit stellt sich für uns auch die deutsche Frage, wie sie im Zuge der deutschen Wiedervereinigung in Diskussion kam, nicht. An der Eigenstaatlichkeit Österreichs mit seiner Unvergleichbarkeit, seiner Unverletzbarkeit und seiner Unabhängigkeit kann kein Zweifel bestehen. Wer daran zweifelt, hat in unserer Gemeinschaft nichts verloren.

Andererseits würde es gerade uns Freiheitlichen nicht schaden, dies öfters auch klar herauszustreichen. Denn es geht mir langsam aber sicher auf die Nerven, gerade jenen politischen Akrobaten gegenüber immer einen Erklärungsbedarf zu haben, die diesem Land nicht so wie wir aus innerer Überzeugung dienen, sondern es zum Gegenstand politischer und materieller Selbstbedienung herabgewürdigt haben, sich aber als die Hüter des wahren Österreichertums verstehen. Jeder in unseren Reihen ist daher aufgerufen, diese Klarheit immer und überall zu schaffen. Wer für dieses Österreich steht, kann und soll es auch ohne Einschränkung beken-
nen. Wir Freiheitlichen tun es !

Die Identität Österreichs kann sich daher nur im Positiven erweisen. Dazu gehört einmal die Konsequenz aus der erlebten Geschichte. Österreich hat aus seiner Größe in der europäischen Geschichte in die Bedeutung der Kleinheit gefunden. Nicht Schutzmacht und Schirmherr, sondern Partner und Nachbar sein bestimmen sein neues europäisches Rollenverständnis. Seine Identität ergibt sich aber auch aus der schöpferischen Begabung seiner Bürger und der Einzigartigkeit der uns anvertrauten Lebenswelt, die wir Heimat nennen.

Alles andere ist Schall und Rauch und dient ausschließlich den Machterhaltungsinteressen der Altparteien. Je nach Bedarf verpacken sie andere Inhalte in den Identitätsbegriff Österreichs, um in ihrem erfolglosen Abwehrkampf gegen Reformen und Erneuerer keine Chance ungenutzt verstreichen zu lassen. So werden plötzlich die staatliche Neutralität und die Sozialpartnerschaft zum Dogma erhoben und damit ein zukunfts-hemmender Fundamentalismus propagiert, der ohne geistigen Hintergrund ist.

WIENER ERKLÄRUNG

Dementsprechend war auch das Aufheulen unserer politischen Mitbewerber, als ich 1990 davon sprach, daß die Neutralität im Falle einer europäischen Union mit gemeinsamer Sicherheits- und Außenpolitik in Frage gestellt sei. Sofort wurde das Österreichbewußtsein der Freiheitlichen in Zweifel gezogen und eine geradezu staatsfeindliche Haltung unterstellt. Aber die letzten Wochen waren entlarvend, hat doch der SP-Vorsitzende selbst - freilich nach einer zweijährigen Nachdenkpause - haargenau dieselben Thesen zur Entbehrlichkeit der Neutralität vertreten, die mir von SPÖ- und ÖVP-Kreisen zum Vorwurf gemacht wurden.

Genau diese zwiespältige Haltung der derzeit Verantwortlichen ist es aber, die staatspolitisch bedenklich ist. Die Neutralität als Dogma muß für vieles herhalten, was sie eigentlich nicht ist. Sie wurde ideologisiert und zum Freibrief für Meinungslosigkeit, für Nicht-dabei-sein-Wollen bei internationalen Fragen, schlechthin zur Philosophie des Heraushaltens unserer Insel der Seligen erklärt. Die Neutralität ist auch gleichsam der ideologische Überbau für die Opfertheorie, die die Rolle Österreichs zwischen 1938 und 1945 in einem milderem Licht erscheinen lassen soll und die Täterfrage vernachlässigt.

Ich halte es für falsch, mit derartigen Lebenslügen das Selbstverständnis des neu-erstandenen Österreichs zu legitimieren.

Vaclav Havel schrieb uns anlässlich seiner Eröffnungsrede bei den Salzburger Festspielen ins Stammbuch: "Angst vor der Geschichte ist bei uns nicht nur Angst vor der Zukunft, sondern auch Angst vor der Vergangenheit Wer das fürchtet, was sein

wird, der fürchtet sich gewöhnlich auch davor, dem ins Gesicht zu sehen, was gewesen ist. Und wer sich fürchtet, seiner eigenen Vergangenheit ins Gesicht zu sehen, muß notwendigerweise auch das fürchten, was sein wird ... Geschichtsfälscher retten die Freiheit nicht, sondern bedrohen sie."

Schauen wir also der eigenen Geschichte ins Auge. Schaffen wir Klarheit, daß alle tragenden politischen Kräfte Österreichs jeder Form von Neonazismus, Kommunismus und Chauvinismus mit aller Kraft entgegenzutreten wollen. Da kann es auch kein Augenzwinkern geben, um kurzfristig Erfolg zu haben. Eine humane Gesellschaft muß Sympathien für Völkermord in Acht und Bann setzen. Das "Nie-Wieder 1934-und-1938" sollte uns über die Grenzen der politischen Lager hinaus verbinden.

Die Rolle des Judas am Tisch der Demokraten lag aber bekanntermaßen bei führenden Vertretern der alten Parteien. Gerade diese müßten daher heute erkennen, wie wichtig es ist, daß alle Bürger die Spielregeln des demokratischen Rechtsstaates auch innerlich akzeptieren. Gerade sie müßten erkennen, welche Gefahr einem Gemeinwesen dann droht, wenn der Bürger dessen soziale und humane Legitimation durch das Versagen der Politik in Zweifel zieht. Die Probleme der Zeit müssen daher angepackt und nicht verdrängt werden.

Wir müssen konkret handeln: Wenn der wirtschaftliche Fortschritt ohne ausreichenden Zuwachs an Arbeitsplätzen bleibt, wenn mangelnde Eigenkapitalbasis unnötig viele Unternehmen die Existenz kostet, wenn der Staat im Schuldturn seine Handlungsfähigkeit einbüßt, wenn die internationale Zahlungsfähigkeit wichtiger Länder verlo-

WIENER ERKLÄRUNG

ren geht, wenn Wohlstand zu Verlust an Lebenssinn führt, wenn Gruppenegoismus zu Hedonismus und Solidaritätsverlust beiträgt, wenn Leistungsfeindlichkeit, Bürokratismus, Nivellierung und Mißwirtschaft der öffentlichen Hand die Freiräume der Bürger in Frage stellen, wenn die Bauern als die Träger der ökologischen Existenz dem Diktat der Sozialpartnerschaft geopfert werden.

Haben wir aber auch den Mut zu sagen, daß es andererseits Kollektivschuld und Sippehaftung nicht geben kann. Prof. Viktor Fankl formulierte es treffend: "Es gibt keine Kollektivschuld ... und ich glaube, die Männer und Frauen in Österreich, die heute zwischen 0 und 50 Jahre alt sind, kollektiv schuldig zu sprechen, ist ein Verbrechen und ist ein Wahnsinn ... das sei denen gesagt, die glauben sagen zu dürfen, daß man sich schuldig fühlen muß oder auch nur schämen muß, irgendeiner Sache, die man nicht selbst getan, ja nicht einmal unterlassen hat, sondern die die Eltern oder Großeltern auf ihr Gewissen haben nehmen müssen."

Leider hat sich die kluge Erkenntnis Viktor Frankls bei vielen unserer fanatischen Gegner noch nicht herumgesprochen, die Kollektivschuld und Sippenhaftung als letzte Chance zur Diffamierung der FPÖ ergreifen.

Haben wir auch den Mut zu sagen, daß die ältere Generation, die dieses Österreich aus den Trümmern nach 1945 wieder so wunderbar aufgebaut hat, den Weg in die Demokratie gefunden hat, wofür ihr unser Respekt zu zollen ist. Auch kann ihre erlebte eigene Geschichte nicht ständig so dargestellt werden, als wäre sie ein einziges Verbrecheralbum.

Wir, die Jüngeren, haben daraus die positiven Konsequenzen zu ziehen. Wir als Jüngere haben die Chance, aus der Katastrophe, die dieses Österreich in seiner jüngeren Geschichte erfahren hat, die Gedächtnislast freiwillig zu übernehmen und die Konsequenzen für eine demokratische und humane Gesellschaft zu ziehen.

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat dies unmißverständlich formuliert: "Wer ein selektives Gedächtnis pflegt, wer sich nur an Höhepunkte und Heldentaten der eigenen Geschichte erinnern will, wer als Christ die Ketzer und Hexenverbrennungen, als Deutscher den millionenfachen Mord an Juden oder als Kommunist die Verbrechen des Stalinismus verdrängen oder verschweigen will, der gibt Moral und Gesinnung preis." Dazu stehen wir Freiheitlichen.

Diese Klarstellung macht es auch verständlich, warum wir uns vorurteilsfrei und ohne Mystifizierung mit der zukünftigen Bedeutung des österreichischen Staatsvertrages auseinandergesetzt haben. Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung wären die Alliierten nach Art. III des österreichischen Staatsvertrages verpflichtet gewesen, von Deutschland eine Erklärung über die Anerkennung der Souveränität Österreichs zu verlangen.

Das ist nicht geschehen. Die Alliierten haben sich damit selbst in einem entscheidenden Augenblick vom österreichischen Staatsvertrag verabschiedet und ihm eine überkommene historische Bedeutung zugeordnet. Österreich hätte dabei die wirklich einmalige Chance gehabt, durch eine Erklärung an die Alliierten den Staatsvertrag für außer Kraft getreten zu erklären. Oder soll Österreich, das sich selbst gerne als das erste

WIENER ERKLÄRUNG

Opfer Hitler-Deutschlands bezeichnet hat, in Zukunft weniger Souveränität haben als der "Täter" Deutschland? Ein groteskes Ergebnis.

Das kann doch nicht der vielzitierte Grundkonsens von uns Österreichern erfordern. Dieser kann doch nur darin bestehen, diesem Land ein Maximum an Freiheit und Unabhängigkeit im Rahmen der Staatengemeinschaft nach der jeweiligen Lage der Dinge zu sichern. Mit dem Ende des Nachkriegseuropas hätte die Chance bestanden, für Österreich die volle Souveränität zu gewinnen. Vielleicht offenbart sich an diesem Fall unser anderes qualifiziertes Grundverständnis von der politischen Erneuerung gegenüber den Altparteien.

Wir Freiheitlichen wollen eine neue Republik, der die bürokratischen und institutionellen Fesseln abgenommen werden, eine neue Republik, die sich vom dumpfen Proporzklima befreit, eine neue Republik, die die Grauzonen scheidemokratischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse überwindet und den aus den Ruinen eines zünftlerischen Ständestaat in eine offene Gesellschaft führt. Verständlicherweise liegt das nicht im Sinne der Altparteien. Denn dies bedeutet Erosion von Einfluß und demokratisch verordneten Machtverzicht für Parteien und für Kostgänger in Versorgungsinstitutionen.

Aber es ist eine Vision von einer neuen Republik, die sich auch andere wünschen. Peter Handke hat es in seiner Art ausgedrückt: "Ich habe Lust, ein anderes Land zu erfinden. Ein Österreich, das sicherlich existiert, aber weder in den Zeitungen noch in den Statistiken. ... Ich fühle das Bedürfnis, mein Land noch einmal zu erfinden. ... Mit einer

Vision, die ich durch das Schreiben zu erringen hoffe." Nicht anders ist auch Thomas Bernhard im Heldenplatz zu verstehen. Er, der in der hohen Kunst der Übertreibung ein Meister ist, hält dem System einen Spiegel vor, der die tatsächlichen Verhältnisse von Politik und Gesellschaft drastisch karikiert.

Mit der ihm eigenen bedingungslosen Brutalität macht er seinem Kummer über diese Land Luft, indem er Prof. Robert im Heldenplatz sagen läßt: "... Was diese Leute aus Österreich gemacht haben, ist unbeschreiblich. Eine geist- und kulturlose Kloake... dieser großenwahnsinnige Sozialismus, der mit Sozialismus schon seit einem halben Jahrhundert nichts mehr zu tun hat ... diese Sozialisten, die schon seit einem halben Jahrhundert keine Sozialisten mehr sind, sind ja die eigentlichen Totengräber dieses Österreichs ... der Bundeskanzler tritt im Nadelstreifanzug ans Podium und faselt von Genossen, die Gewerkschaftsführer jonglieren in ihren Salzkammergutvillen mit Milliarden und sehen ihre Hauptaufgabe in skrupellosen Bankgeschäften. Angefressene Schriftsteller gehen in die Gefängnisse und lesen den Gefangenen ihren verlogenen Dreck als Kunstwerk vor, eine zynische Welt, eine durch und durch verkommene Welt, mit der sich nichts mehr zu tun haben will".

Die Leiden eines guten Österreichers zeigen den Zwiespalt auf, in dem sich die Entwicklung abspielt. Der intellektuelle Widerspruch regt sich gegen die falsche Harmonie einer Einheitspartei, die hierzulande auf der Grundlage eines fiktiven Grundkonsens Unrecht, Scheinmoral und Mißwirtschaft verfestigen möchte.

Wie schon Arthur Schnitzler in "Fink und Fliederbusch" deutlich gemacht hat, existiert

WIENER ERKLÄRUNG

in unserem Land so etwas wie eine "Identität der Gegensätze", die uns aber die Chance gibt, die Wirklichkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Das Unbehagen ist spürbar. Intellektuelle verweigern sich, kritische Geister begehren auf, die Jugend kommt der Demokratie abhanden, und auch die älteren Mitbürger wissen nicht mehr, ob sie sich noch in jenem Österreich wiederfinden, das sie mit Schweiß und Tränen dem Chaos entrissen haben.

Dieses Österreich ist doch mehr als eine Ökonomie auf der Suche nach einem Daseinszweck, wie Henry Kissinger es in einem anderen Zusammenhang formulierte. Dieses Österreich ist doch mehr als ein Staat, in dem Sozialismus, Bürokratismus und Parteiwillkür ein neues Biedermeier provozieren und vergeblich der schwarze Sancho Pansa mit dem roten Don Quichotte gegen institutionelle Windmühlen kämpft, anstatt mutig und offen Zukunftsfragen anzupacken.

Und derer gibt es zur Genüge. Ich denke an die Notwendigkeit, eine österreichische Vision von einem zukünftigen Europa zu entwickeln, den sozialen Generationsvertrag gründlich neu zu ordnen, die Bildungspolitik ernstzunehmen und den fleißigen und gesetzestreuen Bürgern endlich den Vorrang vor parasitären Erscheinungen zu geben. Ich glaube, nicht zu übertreiben, wenn ich sage, daß das derzeitige politische Machterhaltungskartell die Zeichen der Zeit nicht erkennt. Es geht um die Überwindung von Sozialismus, Protektionismus, es geht um die Durchsetzung einer freiheitlichen Bürgergesellschaft, die begabten Minderheiten, intellektuellen Begabungen sozialen Aufsteigern sowie natürlichen und autonomen Gemeinschaften, wie etwa der Familie, die Hoffnung auf eigene Freiräume abseits von

staatlicher Bevormundung und ideologischem Konformismus eröffnet.

Was ist das aber für ein politisches System, in dem der Datenschutz illegale Beschäftigung deckt und Unrecht zu Recht gemacht wird?

Was ist das für ein politisches System, in dem die Humanisierung des Strafvollzuges Hand in Hand mit einer Kriminalisierung der Ordnungs- und Sicherheitskräfte geht?

Was ist das für ein politisches System, in dem pflichtversicherte Bürger Arztleistungen aus eigener Tasche berappen müssen, aber die Sozialversicherungen auf milliarden-schwerem Besitz und Funktionärsprivilegien beharren?

Was ist das für ein politisches System, in dem Leistung bestraft und Nichtstun belohnt wird?

Was ist das für ein politisches System, in dem abwegiger Sinn von künstlerischer Freiheit durch das Diktat eines Unterrichtsministers verordnet wird und diese die gezielte Vertreibung des Publikums und damit des Steuerzahlers aus dem Burgtheater miteinschließt?

Was ist das für ein politisches System, in dem das Recht auf Heimat für alle Österreicher durch das Recht auf Landnahme durch nicht verkräftbare Einwanderung beseitigt wird?

Was ist das für ein politisches System, wo Schule und Bildung die Jugend nicht frei, sondern unsere Kinder krank macht, Rauschgift und Alkoholkonsum der Jugend auf die leichte Schulter genommen wird?

WIENER ERKLÄRUNG

Was ist das für ein politisches System, in dem nicht die Eliten gefördert sondern politische Nieten mit Führungsaufgaben ausgestattet werden?

Was ist das für ein politisches System, in dem kurzfristige Gewinninteressen oder Bequemlichkeit zur Vernichtung unserer Umwelt führen und die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden?

Und was ist das schlußendlich für ein politisches System, in dem Tausende Menschen verzweifelt menschenwürdige Wohnungen suchen, aber rot-schwarze Wohnbaugenossenschaften auf Milliardenvermögen sitzen, anstatt es dem sozialen Wohnbau zur Verfügung zu stellen.

Die demokratische Erneuerung Österreichs ist daher ein Gebot der Stunde. Sie nimmt jeden, dem dieses Land ein Anliegen ist, in die Pflicht. Die bedeutet das evolutionäre Hinführen auf eine neue Republik, sie bedeutet den Abschluß eines Gesellschaftsvertrages der Bürger, um soziale Lasten gerecht zu verteilen, aber auch vor allem jene daran teilhaben zu lassen, die einen Beitrag erbringen oder als ältere Mitbürger schon erbracht haben. Dies ist vorrangig eine freiheitliche, staatspolitisch eine liberale Aufgabe.

Ralph Dahrendorf schreibt dazu in seinem neuesten Buch: "Der moderne soziale Konflikt": "Angesichts solcher Fragen und der erklärten Grundabsicht einer schlanken, auf das nötige konzentrierten Staatsverfassung, ist es wichtig, an den ersten Grundsatz der Verfassung der Freiheit zu erinnern, der lautet: "In einer Welt der Ungewißheit kommt es darauf an, die Kosten des Irrtums so gering wie möglich zu halten." Dieser

Grundsatz hat in Österreich nicht ausreichend Geltung. Verfestigte Machtstrukturen der Realverfassung sowie die heimliche Nebenregierung Österreichs, die in der Verfassung nicht geregelte Sozialpartnerschaft, haben ein protektionistisches Korsett geschmiedet.

Das führt zu latenten Defiziten in der demokratischen Legitimation von Macht und Herrschaft. Das führt zur Dogmatisierung von Antworten auf gesellschaftlich-ökonomische und politische Probleme. Daraus entsteht ein lupenreiner liberaler Sündenfall. An den liberalen Verfassungsgrundsätzen vorbei kommt es zum Entstehen von sich metastasenhaft ausbreitender Funktionärsmacht, die dort zur Willkür entartet, wo dogmatisierte Antworten Irrtum ohne Chance der Korrektur zu Lasten des Volkes erzwingen.

Irrtum des politischen Handelns wird so zur Staatsräson, ja, noch mehr: Da das System Irrtumskorrektur ausschließt, wird daraus geradezu ein Grundkonsens der Republik entwickelt.

Die Kosten des sozialpartnerschaftlichen Irrtums sind hoch. Einmal sind es die Kosten der Demokratie; wo sind da die Funktionäre vom Volk legitimiert, wo bleibt in diesem Kräftespiel der Konsument, wo der Umweltschützer? Wo hat der Zwangsversicherte bei den sozialen Versicherungsanstalten das Recht der Mitsprache? Es sind aber auch die Kosten der Ökologie, weil die Umwelt in diesem System keine Stimme hat. Es sind vor allem auch ökonomische und soziale Kosten, weil Gruppenegoismus und Privilegien gang und gäbe sind und zum Instrument des Stimmenkaufs zu Lasten der sozialen Gemeinschaft aller Bürger denaturieren.

WIENER ERKLÄRUNG

Im Konflikt um die atemberaubenden Zustände in der Österreichischen Nationalbank hat der Gewerkschafter und Vizepräsident der Österreichischen Nationalbank, Dr. Kienzl, ungewollt die Wahrheit gesagt, als er auf die gegen geltende Rechtsnormen verstoßende Abfertigungszahlung von 11,6 Mio. Schilling zu seinen Gunsten angesprochen wurde:

“Das ist völlig in Ordnung, andere Direktoren und Präsidenten haben weit mehr bekommen. Ich hätte auch mehr haben können.“ Der Privilegiensumpf ist für diese Funktionäre so alltäglich, daß ihnen jedes Unrechtsbewußtsein offenkundig abhanden gekommen ist.

Alle Österreicher kennen ihn, den Filz der Kammer und Sozialversicherungsanstalten, Fonds, Preis- und Pensionskommissionen, der nicht einmal vor der Österreichischen Nationalbank halt macht, die als österreichische Besonderheit unter dem Zugriff der Altparteien steht. Diese politische Schattenherrschaft ist ursächlich für das Klima der Reformunwilligkeit, für Machtmißbrauch und sich anbahnenden ökologischen und sozialen Niedergang. Kranke bürokratische Riesen bedrohen die Zwerge. Bei einem liberalen Verfassungsverständnis aber kann es keine verfassungsfremde Schattenregierung geben. In einem liberalen Bürgerstaat gilt die Erkenntnis, daß geschlossene politische Systeme die Freiheit bedrohen. Es geht daher auch um eine Änderung der Methoden der Problemlösung. Daher halte ich es mit Salvator de Madariaga, der dazu meinte: “Bevor du dich dem Dogma unterwirfst, wage den Irrtum und suche die Wahrheit.”

Korrektur und demokratische Umkehr von Fehlentwicklungen, Behebung von Staats- und Marktversagen kann nur die offene Gesellschaft als solche gewährleisten. Sie beruht auf dem Grundprinzip: Im Zweifel für die Freiheit. Das schließt die Geltung anderer Grundwerte nicht aus. Das heißt auch nicht Rückkehr zu einem historischen Liberalismus mit seinem brutalen “laissez-faire”. Vielmehr schließt eine solche Gemeinschaft Gleichheit in Freiheit ein, in Sinne gleicher Chancen und Möglichkeiten. Sie schließt aber Gleichheit in Unfreiheit aus, weil sie freiheitsverstümmelnde Gleichmacherei bewirkt; weil in diesem Fall der Staat nicht Chancen, sondern Ergebnisgleichheit fördern würde und die individuellen Bedürfnisse seinerseits festlegt.

Diese Gesellschaft schließt aber auch Brüderlichkeit in Freiheit ein, denn ohne soziale Sicherheit gibt es keine wirkliche Freiheit. Genauso wie es ohne Freiheit keine erlebte soziale Sicherheit für den einzelnen geben kann. Daher schließt sie Brüderlichkeit in Unfreiheit aus, weil freiheitsvernichtende Zwangsverbrüderung in einer autoritären Gesellschaft endet.

Vergessen wir nicht, wie kläglich der reale Sozialismus im Osten Europas gescheitert ist. Bedenken wir, daß dieses menschenverachtende System mit seinem dogmatisierten Todestrieb durch mehr als 70 Jahre Millionen von Menschen zu Sklaven herabgewürdigt hat. Das war kein Betriebsunfall, das war kein vorübergehender Schwächezustand, sondern der Beweis, daß es keine Alternative zum System der Freiheit der Person und der offenen Gesellschaft gibt. Denn die humanen Kosten des Irrtums werden dadurch gering gehalten, daß die Möglichkeit des

WIENER ERKLÄRUNG

Wandels in die Institutionen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eingebaut ist. **Besser eine Gesellschaft der unvollkommenen Freiheit mit gleichzeitiger Chance auf Erneuerung, als eine Gesellschaft der vollkommenen Unfreiheit ohne Hoffnung auf Änderung.**

Das ist weder Utopie noch Theorie, denn der Zustand der politischen Institutionen und der totale Anspruch auf Bevormundung des Bürgers durch die Altparteien rechtfertigen die Strategie einer tiefgreifenden politischen Erneuerung. Der ungezähmte Verwaltungsstaat und die Sklerose der Institutionen sind nicht zu übersehen. Der finanzielle Krach ist unvermeidbar, wenn nicht ein radikaler Wandel gelingt.

Rufen wir uns doch die These Josef A. Schumpeters in Erinnerung: "Die Finanzen sind einer der besten Angriffspunkte der Untersuchung des sozialen Getriebes, - besonders, aber nicht ausschließlich des politischen. Namentlich an jenem Wendepunkt - oder besser Wendeepochen - in denen Vorhandenes abzusterben und in Neues überzugehen beginnt und die auch stets finanzielle Krisen der jeweils alten Methoden sind, zeigt sich die ganze Fruchtbarkeit dieses Gesichtspunktes.

"Die Finanzierungskrise von den Pensions- und Krankenversicherungen, über die ÖBB bis zu den Schulen zeichnet sich ab. Auch der Ökofonds ist bereits pleite, wir leben auf Pump und verspielen so die Zukunft unserer Kinder. Vorhandenes beginnt abzusterben. Das heißt nicht den staatlichen Aufgaben, der Gewährleistung von sozialer Sicherheit, der Sicherung der Vollbeschäftigung, sowie der Erhaltung des freien Zugangs zu Schulen und Gesundheitseinrichtungen eine Absage

zu erteilen. "To minimize suffering, not to maximise happiness" ist nach Sir Karl Popper der Pflichtenkreis des Wohlfahrtsstaates.

Wir wollen aber den Marktsektor aufwerten und den autonomen Bereich der Eigenbewältigung von Versorgungsaufgaben in Familie, Vereinen, Selbsthilfegruppen, Wohninitiativen sowie in der bäuerlichen Produktion stärken. Eine offene Gesellschaft braucht Bürger, die staatliche Vormundschaft ablehnen und auch Verantwortung eigenständig tragen können. **Krummer Rücken und kurze Leine sind kein Zeichen der freien Menschen.** Eine offene Gesellschaft braucht Parteien, die eine neue Kultur von Politik ermöglichen und nicht an Ämter, sondern an Aufgaben und Lösungen orientiert sind. Eine offene Gesellschaft braucht eine moralische Offensive und ein Element der bürgerlichen Unruhe, um Wandel und Erneuerung in Gang zu setzen.

Davon wollen die Altparteien nichts wissen. Es liegt daher an uns, der Herrschaft der risikoscheuen leistungsfeindlichen Apparatschiks, Neureichen und Parvenues in Parteien, Kammern und Gewerkschaften auf demokratischem Wege ein Ende zu bereiten. Dieser radikale Wandel einer neuen Republik erfordert unter anderem die **gänzliche Beseitigung des Parteienproporz aus der Verfassung und aus dem öffentlichen Leben;**

den vollständigen Rückzug der Politiker aus den Aufsichtsräten und Vorstandsetagen der öffentlichen Unternehmungen;

die Abschaffung der verfassungsfremden Sozialpartnerschaft als heimliche Nebenregierung in ihrer heutigen Form und ihre tiefgreifende Demokratisierung;

WIENER ERKLÄRUNG

die Festlegung der Steuerhöchstquote in der Verfassung und somit den Zwang zu Sparen;

die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft der Kammern und

die Reduzierung des Gewerkschaftseinflusses im Wirtschaftsleben;

die Durchsetzung der Mitbestimmung der Versicherten in der Sozialversicherung, sowie der Wechsel von der Pflichtversicherung zur Versicherungspflicht,

ein persönlichkeitsorientiertes Verhältniswahlrecht einschließlich der Direktwahl von Landeshauptleuten und ein liberales Wahlrecht für ethnische Minderheiten;

die Aufhebung von Monopolen und die Privatisierung über 50 % einschließlich öffentlicher Dienstleistungen;

die radikale Deregulierung der Wettbewerbsordnung und Aufhebung der zünftlerischen Gewerbeordnung;

die Einführung und Budgetverantwortung im öffentlichen Dienst;

die Beseitigung von Gruppenegoismus, Sonderinteressen und Privilegien von der ÖBB bis zur Österreichischen Nationalbank;

den Ersatz der Pragmatisierung durch ein leistungsorientiertes Gehaltssystem, das vor allem für jüngere Beamten Anreize bietet;

die Entsteuerung der Leistungslöhne und Schaffung von Möglichkeiten der Eigenkapitalbildung im Gewerbe;

einen energischen Kampf dem Mißbrauch von:

staatlichen Sozialleistungen und Einrichtung der Pflegevorsorge von alten Menschen und Behinderten;

die Auflösung sämtlicher Rücklagen von Wohnbaugenossenschaften und Fonds für eine Wohnbauoffensive;

die Auflösung sämtlicher Agrarfonds und Einführung von Direktzahlungen für ökologisches Wirken der Bauern;

die Schaffung der Kulturautonomie für die Länder und Entwirrung des Kompetenzschungels zwischen Bund und Ländern;

die Schaffung einer berufsgruppenneutralen Altersvorsorge, wobei gleiche Beiträge zu gleichen Leistungen und gleiche Arbeit zu gleichem Pensionseintritt führen müssen.

Das sind nur einige Markierungen des Wandels. Es geht aber um mehr. Wir werden uns vor allem mehr um jene Dinge des Lebens kümmern müssen, für die in der Phase des Wiederaufbaus weder Zeit noch Interesse vorhanden war. Ich denke an eine Bildungsöffensive für berufstätige Jugendliche, an das Wiedergewinnen von Werten wie Gemeinsinn, Treue, Fleiß und Anständigkeit.

Ich denke an echte Autorität, Respekt vor dem menschlichen Leben, sowie an eine Stärkung der öffentlichen Moral. Denn unsere Wohlstandsgesellschaft ist krank und zeigt permissive Züge. Da darf der Österreicherfeind und Terroristenfreund Peymann Millionen für sinnlose Theaterexperimente und Sperrtage verschwenden, aber unseren

WIENER ERKLÄRUNG

Kindern entzieht man das Recht auf Bildung durch Kürzung von Lehrerposten und Anhebung der Klassenschülerhöchstzahlen.

Die sozialistische Bildungspolitik ist von dem Wahn besessen, daß es besser ist, den Plafond zu senken als das Niveau anzuheben. Beschränkt Gebildete sind eben leichter formbar. Mit diesem Unfug muß endlich Schluß gemacht werden. Die Bildungspolitik muß endlich wieder Raum für Eliten schaffen, anstatt ihr Aufkommen zu unterdrücken.

Da wird mit medialer Begleitmusik ein Mörder zum Märtyrer und zum sozialistischen Resozialisierungswunder hochstilisiert, das Entwenden einer Sonntagszeitung aber wird hierzulande mit Schauprozessen geahndet. Da werden dem Verbrecher Otto Mühl für seine menschenunwürdigen Kommunenexperimente jahrelang Steuer-millionen nachgeworfen, aber die Familien müssen ihr Existenzrecht erst vor dem Höchstgericht durchsetzen. Da werden für Punker und arbeitsscheue Rowdies mit Millionenaufwand an Steuergeldern Wohnhäuser adaptiert, aber für ältere Menschen in den Pflegeheimen ist kein Geld vorhanden, um ihnen Eßbestecke oder Diätpläne zu finanzieren. Die Gesellschaft ist krank und aus dem Gleichgewicht. Wir haben zwar den Zustand des materiellen Wohlstandes erreicht, aber die geistige Verwahrlosung zugleich in Kauf genommen.

In diesem Sumpf, in dieser Erosion von humanen Werten schwindet Gemeinsinn und wächst die Ablehnung gegenüber den Herrschenden. Vor allem die Jugend ist das Opfer dieses Werteverfalls, ist Freiwild der geistig-moralischen Zerstörung geworden. Es fehlt an gesellschaftlicher Hygiene. Es mangelt

am Vorbild. Solschenyzin hat das 20. Jahrhundert als das "Jahrhundert des verlorenen Glaubens" bezeichnet, weil dem Menschen der innere Halt abhanden zu kommen droht.

Jahrzehnte sozialistischer Dominanz zeigen Wirkung. Die Folgen sind eine immer stärker um sich greifende Orientierungslosigkeit der Jugend, ein schrankenloser Konsumismus, Zuflucht zum Rauschgift und ein Abstumpfen der Gefühle durch die mediale Brutalisierung des Alltags. Man könnte es auch mit Daniel Bell formulieren, wonach die Moral des Vergnügens die Tugendmoral, die Wert auf Hemmungen von Impulsen legt, enttrohnt hat. Der Hedonismus von heute hat das Vergnügen zum Lebensstil und zur Philosophie erklärt. Werte werden zu Ansprüchen. Ethik zu Erotik, das Sein zum Schein.

Der Ausbruch des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit hat zwar seine materielle Befreiung von Not und Elend weitgehend bewirkt, jedoch die geistige Gefangenschaft nicht überwunden. Nicht der Rechtsradikalismus ist daher die Gefahr, die lauert. Die Grundlagen von Demokratie, Gemeinsinn und Verantwortung geraten ins Wanken, wenn Gleichgültigkeit gegenüber Mißwirtschaft und Rechtsbruch herrscht, Egoismus sich ausbreitet und Idealismus zur Mangelware wird, weil Vorbilder für nachkommende Generationen fehlen. Natürlich, das sind jene Grundwerte, die in Verruf geraten sind, weil sie den modernistischen Glücksrittern nicht mehr zeitgemäß erschienen.

In der Zukunft werden vorrangig nicht materielle Probleme im Vordergrund stehen. Ich habe schon gesagt, der sozialistische Versorgungsstaat hat ebenso versagt, wie

WIENER ERKLÄRUNG

die altliberale Philosophie, wonach die Gesellschaft ansich gerechte Verhältnisse schaffen könnte. **Wir kommen ohne Rücksicht auf den autonomen Bereich, in dem Familien, Sozial- und Kulturgemeinschaften, eine stärkere Funktion haben werden, nicht mehr aus. Wir werden uns also um jene Dinge des Lebens kümmern müssen, die einen Wert haben, obwohl sie am Markt keinen Preis erzielen.** Das gibt einer offenen Gesellschaft auch die moralische Kraft, Visionen zu entwickeln, die die Markierungen für zukünftiges politisches Handeln darstellen.

Zu diesen Visionen gehört auch Europa. Die ständige Verkürzung des Themas auf die Schaffung eines Binnenmarktes ist unerträglich. Darin liegt gewiß nicht die Faszination Europas. Wenn dieses Europa einen Sinn haben soll, dann wohl nur diesen, daß erstmals die Chance besteht, aus eigener Kraft eine europäische Freiheits- und Friedensordnung Wirklichkeit werden zu lassen. Der Umsturz in Osteuropa, die Pleiten des realen Sozialismus machten es möglich, weil aus der Konfrontation die Chance zur Kooperation geworden ist.

Es geht daher nicht primär um die Frage, ob uns lebensmittelrechtliche Verordnungen im Detail passen, die Brüsseler Bürokraten entwickelt haben. Es geht vielmehr um die Entscheidung, ob wir Österreicher an der Schaffung eines gesamteuropäischen Friedenskonzeptes mitgestalten wollen oder nicht. Natürlich kann das nur eine Friedensordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und unter Anwendung eines gesamteuropäischen Volksgruppenrechtes sein. Nur das Recht auf Selbstbestimmung nimmt ausreichend Rücksicht auf die bunten Volkstümer Europas.

Sofort wird natürlich der Einwand kommen, ein solches Konzept fördere die Zersplitterung gewachsener Staaten und provoziere nichts anderes als die Gefahr des Nationalismus. Ich halte diese Argumentation der sozialistischen Wanderprediger für den Internationalismus schlicht und einfach für falsch. Nur dort, wo die Nation intakt ist, wo die durch Geschichte, Sprache und Kultur geprägte Identität ermöglicht wird, hat der Friede eine reale Chance.

“Klasse ist stärker als Nation”, lautete einstmals die stolze These des Marxismus, dessen Liquidation wir eindrucksvoll erleben. Der Wunsch nach Identität und Selbstbestimmung sprachlich und kulturell verwandter Menschen ist Nationalismus, solange er unerfüllt bleibt. Wenn er zufriedengestellt ist, wird daraus Nationalbewußtsein und Heimatgefühl.

Die Ursache für die Spannungen in Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzogovina, in der Ukraine oder in Estland oder in Korsika ist nicht der Nationalismus, sondern seine Unterdrückung. Die Ursache ist und war der innenpolitische Imperialismus der alten Nomenklatura in diesen Staaten gegenüber den nationalen Gruppierungen. Nicht die Nation ist überlebt, sondern ihre Unterdrücker.

Ich sage dies sehr bewußt, denn damit ist auch klar, daß uns ein einiges Europa vorschwebt, dessen Einheit in der Vielfalt liegt. Die Respektierung von kultureller Identität und historischen Wurzeln schafft, nämlich Heimat für die Gemeinschaften.

Es wird daher eine zentrale Aufgabe der Vereinigten Staaten von Europa sein müssen, soetwas wie ein Menschenrecht auf

WIENER ERKLÄRUNG

Heimat als Korrektiv zur allgemeinen Freizügigkeit zu schaffen, welches die Buntheit der europäischen Sprachen und Kulturen garantiert. Damit, ich unterstreiche dies, würde ein entscheidender Schritt gegen das heute ebenso heftige wie naiv vertretene Konzept des multikulturellen Einheitsmenschen in Europa gesetzt.

Ich höre schon das wütende Geheul linker Ideologen. Es beeindruckt aber nicht. Zu frisch sind die Erinnerungen von uns allen an das klägliche Scheitern des Versuches, eine klassenlosen Gesellschaft zu erzwingen, die von einer sowjetischen Einheitskultur geprägt ist. Wir sollten klarmachen, daß wir auf ein zweites multikulturelles Experiment dieser Art, einer ethnischen Zwangsassimilation, verzichten wollen.

Wer das Heimatbewußtsein respektiert, wem ethnische Bindungen ein Anliegen sind, der muß gegen eine zügellose Einwanderungsbewegung seine Stimme erheben. Denn kein Volk läßt sich auf Dauer gefallen, zu Fremden in der Heimat degradiert zu werden.

Das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit, sondern schlicht und einfach mit der Verantwortung gegenüber den Inländern zu tun. Diese Aspekte einer europäischen Vision vermissen ich in der aktuellen Diskussion um Österreichs Zukunft.

Auch ist es schwer vorstellbar, daß sich Österreich dem zentralistischen Brüssler-Konzept unterwirft, das für eine EG von sechs Mitgliedern konzipiert, für eine erweiterte EG von 15 oder 20 Mitgliedern absolut untauglich geworden ist. Wir wären schlecht beraten, unbesehen vom halbdemokratischen österreichischen Zentralismus in den Brüssler

Bürokratismus einzutauchen. Da hieße vom Regen in die Traufe kommen. Wenn das neue Europa von Bestand sein will, wenn das größere Europa uns an seiner Seite haben will, dann muß es seine Demokratie vertiefen, die Bauernpolitik des "Wachsen und Weichens" aufgeben und das marktwirtschaftliche Erfolgsstreben durch eine soziale und solide Umweltpolitik endlich zähmen.

"Was soll das kleine Österreich schon von Mächtigen in Europa fordern?", wird da sofort von den Mutlosen eingewendet werden. Ich glaube, wir sollten unsere eigene Ausgangslage am Beginn der Verhandlungen über eine europäische Integration richtig einschätzen. Danach sind wir weder Bittsteller noch politische Almosenempfänger. Dieses Europa braucht uns, ohne uns gibt es keine Möglichkeit, den Binnenmarkt zwischen Nord und Süd zu schließen. Ohne uns gibt es keine Chance, für den europäischen Transit und außerdem sind wir Nettozahler. Die Gemeinschaft profitiert durch uns. Ich verlange daher mehr Selbstbewußtsein und weniger Unterwürfigkeit schon am Beginn der Verhandlungen.

Wir alle wollen dieses gemeinsame Europa. Es gibt nämlich keine wirkliche Alternative zu dieser Friedensordnung. Sie ist geradezu eine historische Chance in einer einmaligen politischen Konstellation. Aber wir müssen uns unseren Platz erkämpfen. Wir Österreicher haben nämlich nichts zu verschenken und schon gar nicht unsere Heimat oder gar die Zukunft unserer Kinder.

Wir Freiheitlichen sind nicht nur die große Opposition im Lande, auf uns ruhen viele Hoffnungen. Täglich werden es mehr Bürger, die erwarten, daß wir Wegbereiter

WIENER ERKLÄRUNG

der Erneuerung und Anstoßgeber für Veränderungen sind. Wir erfüllen diese Erwartungen nach Kräften, ob bei der Neutralitäts- und Staatsvertragsdiskussion, in der Ausländerfrage, beim Aufbrechen des Filz der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften oder beim Kampf gegen die Ämterpatronage, Parteiwillkür und Freunderlwirtschaft in der Oesterreichischen Nationalbank. Dazu Kurt Horwitz in der Presse vom 3.4.1992: "Man mag Jörg Haider mögen oder nicht. ... aber eines muß man ihm lassen: Er legt mit bemerkenswertem Geschick seine Finger auf Wunden, die die Politik der Großparteien gerne unter einem dicken Verband dahineitern lassen würde."

Dieser Weg führt an vielen Klippen vorbei. Ich sehe das sehr nüchtern. Da gibt es die Gefahr, sich zu opportunistischem Handeln aus Gründen der Wählerstimmenmaximierung hinreißen zu lassen. Da gibt es die Gefahr, der Anpassung an die Etablierten, um rasch einige wenige Sonnenstrahlen der Macht selbst genießen zu dürfen. Da gibt es auch die Gefahr des Übermuts, für den der anhaltende Erfolg ursächlich sein kann.

Ich weiß um diese Gefahren. Ich weiß aber auch, daß es letztlich von mir abhängt, ob unser Beitrag für Österreich so geleistet wird, wie man ihn von uns erwartet: demokratisch im Handeln, tolerant im Denken, unbeugsam gegen Fehlentwicklungen und Mißstände.

In diesem Lichte habe ich auch die jüngsten Entscheidungen in der FPÖ getroffen. Gewiß, mancher hat diese Konsequenzen in dieser Schnelligkeit und Vollständigkeit nicht erwartet. Sie waren notwendig. Denn gerade in dieser entscheidenden Phase der politischen Veränderung Österreichs darf den al-

ten Parteien und ihren Satelliten auch nicht der Funken einer Chance gegeben werden, unsere Gemeinschaft zu spalten oder zu schwächen.

Glauben sie mir, ich weiß was ich unserem Österreich schuldig bin und habe auch in der Vergangenheit die in mich gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht. Wenn wir Freiheitlichen es jetzt nicht schaffen unsere Markierungen des Wandels zu einer neuen Republik durchzusetzen, dann es wird nicht so bald wieder jemanden geben, der sich unbeeirrt der Anfeindungen, dem Haß und den Angriffen aussetzt, um diesem Österreich auf seinem Weg zu einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratie und einer offenen Gesellschaft zur Seite zu stehen. Das ist eine faszinierende Herausforderung, eine wunderschöne Verantwortung. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß wir im Laufe der letzten Jahre eine neue Partei mit einem weitgehend geänderten Wählerpotential geworden sind. Unsere Anhänger sind jedenfalls nicht an der sektenhaften Auseinandersetzung zwischen national und liberal interessiert. Das ist ein Stoff der endlich in die ideologische Mottenkiste gehört, so wie die planwirtschaftlichen Folterwerkzeuge des realen Sozialismus nicht mehr zeitgemäß sind. Es ist die Zeit gekommen, daß wir uns selbst von unseren eigenen Dummheiten verabschieden. Nicht ideologischer Fundamentalismus, sondern konsequente freiheitliche Erneuerung für ein offenes, sauberes, menschlicheres Österreich steht auf der Wunschliste unserer Anhänger ganz oben.

Ich werde daher in Zukunft weder pubertären Dogmatismus noch ideologischen Fundamentalismus in unseren eigenen Reihen dulden. Wir sind weder ein

WIENER ERKLÄRUNG

nationaler Geschichtsverein noch eine liberale Sekte pseudointellektueller Standpunktlosigkeit. **Wir haben unsere Kraft und unser Denken ausschließlich für die Zukunft Österreichs einzusetzen.** Ich will dabei niemanden im Unklaren lassen, wohin die Reise geht, solange ich das demokratische Vertrauen meiner Gesinnungsfreunde habe.

Wer mit mir geht, steht für eine FPÖ ohne Klassen- und Ständedenken, weil die Würde des Menschen, der Arbeiter, der Angestellten, der Unternehmer und Bauern, der Frauen und Männer, der Reichen und Armen unteilbar, ist.

Wer mit mir geht, steht für eine FPÖ ohne braune Flecken, aber auch ohne Angst vor einer ehrlichen Geschichtsbetrachtung, die der historischen Wahrheit und nicht der Wahrscheinlichkeit verpflichtet ist.

Wer mit mir geht, steht für eine FPÖ mit glaubwürdiger Distanz zur Zeit des Nationalsozialismus, aber mit respektvollem Eintreten für die ältere Generation, die nach bitteren, eigenen Erfahrungen den Weg in die Demokratie gefunden hat.

Wer mit mir geht, steht für eine FPÖ die sich zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft bekennt, mit der Einschränkung, daß dadurch das Bekenntnis zu Österreich als unverwechselbar in seiner Identität, unverletzbar in seinen Grenzen und unbestreitbar in seiner souveränen Existenz nicht eingeschränkt werden darf.

Wer mit mir geht, steht für eine FPÖ die nicht materialistische, sondern kulturell ethische Werte vertritt, die den Respekt vor Minderheiten begründen und eine klare Distanz

zu Rassismus und Antisemitismus bewirken.

Wer mit mir geht, steht für eine FPÖ die den freiheitlichen Rechtsstaat will und die offene Gesellschaft schafft und damit geschlossene Gesellschaftssysteme ebenso ablehnt, wie nationalen Fundamentalismus oder liberalen Individualismus ohne Bindung.

Wer mit mir geht, steht für eine FPÖ die Mitverantwortung für eine ökologische Schicksalgemeinschaft aller Lebewesen auf der Erde übernimmt und sich der technischen Machbarkeit dort in den Weg stellt, wo dem Ökosystem unwiederbringlicher Schaden entsteht.

Wer mit mir geht, steht für eine FPÖ, die die für die Vereinigten Staaten von Europa als dauerhafte Friedensgarantie eintritt, deren Grundlage das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie das Menschenrecht auf Heimat ist.

Wir sind, so glaube ich, auf einen guten Weg. Es lebe die Republik, es lebe unser Vaterland Österreich!

WIENER ERKLÄRUNG

Herausgeber:

Freiheitliche Partei Österreichs
Bundesgeschäftsstelle
1010 Wien, Kärntnerstraße 28